



GEMEINDE WETTINGEN

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 24. Juni 1999, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Herr Alois Voser, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 45
 Mitglieder des Gemeinderates: 6
 Herr Franz Hard, Schulpflegepräsident
 Herr Karl Meier, Gemeindeschreiber

Protokoll: Herr Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber-Stv.

Abwesend entschuldigt: Leo Bürgler, Mitglied des Einwohnerrates
 Felix Feiner, Mitglied des Einwohnerrates
 Hans-Peter Koch, Mitglied des Einwohnerrates
 Dr. Charles Meier, Mitglied des Einwohnerrates
 Werner Wunderlin, Mitglied des Einwohnerrates
 Heiner Studer, Mitglied des Gemeinderates

Traktanden: 1. Protokoll der Sitzung vom 29. April 1999
 2. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanzkommission (anstelle des zurücktretenden Thomas Burger)
 3. Einbürgerungen
 3.1. BALDUZZI-Gonzales Ana Maria, BALDUZZI Marco und Nora
 3.2. MERLI Miriam
 4. Genehmigung Rechenschaftsbericht 1998
 5. Genehmigung Verwaltungsrechnungen 1998
 6. Interpellation Weber-Graf Marianne betreffend Aktenauflage zum Ausbau des Flughafens Zürich
 7. Interpellation Stephan Preisch betreffend Einbürgerungspolitik in Wettingen

0 Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse des Einwohnerrates vom 29. April 1999 sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Abstimmungen und Wahlresultate vom 13. Juni 1999Eidgenössische Abstimmung

Asylgesetz (AsylG) vom 26. Juni 1998

Eingelegte Stimmzettel:	5'087
ungültig oder leer:	131
Gültige Stimmzettel:	4956

JA:	3'814
NEIN:	1'142

Bundesbeschluss vom 26. Juni 1998 über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich

Eingelegte Stimmzettel:	5'193
ungültig oder leer:	134
Gültige Stimmzettel:	5'059

JA:	3'910
NEIN:	1'149

Bundesbeschluss vom 9. Oktober 1998 über die ärztliche Verschreibung von Heroin

Eingelegte Stimmzettel:	5'199
ungültig oder leer:	99
Gültige Stimmzettel:	5'100

JA:	2'981
NEIN:	2'119

Änderung vom 26. Juni 1998 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung

Eingelegte Stimmzettel:	5'282
ungültig oder leer:	154
Gültige Stimmzettel:	5'128

JA:	1'646
NEIN:	3'482

Bundesgesetz vom 18. Dezember 1998 über die Mutterschaftsversicherung

Eingelegte Stimmzettel:	5'324
ungültig oder leer:	40
Gültige Stimmzettel:	5'284

JA:	1'760
NEIN:	3'524

Kantonale Abstimmung

Wahl eines Mitgliedes des Regierungsrates für den Rest der laufenden Amtsperiode 1997/2001

Eingelegte Stimmzettel:	4'319
ungültig oder leer:	1'417
Gültige Stimmzettel:	2'902

Stimmen haben erhalten:

Ernst Hasler	2'316
Vereinzelte	586

Volksinitiative "Ja zur Jugendförderung" vom 7. März 1995 und Gegenvorschlag dazu (Änderung der Kantonsverfassung durch Ergänzung um einen §38bis)

Eingelegte Stimmzettel:	4'915
ungültig oder leer:	315
Gültige Stimmzettel:	4'600

	Volksinitiative	Gegen-Vorschlag
JA:	1'672	2'974
NEIN:	2'878	1'330

Gesetz über Massnahmen des Finanzpakets 1998 vom 9. März 1999

Eingelegte Stimmzettel:	4'863
ungültig oder leer:	600
Gültige Stimmzettel:	4'263

JA:	3'063
NEIN:	1'200

Gemeinde-Abstimmung

Teiländerung der Gemeindeordnung, Präambel sowie Art. 13 Abs. 1 und 2, Art. 33 Abs. 1, Art. 34 lit. I, Art. 37 Abs. 2 lit. v und Art. 42 Abs. 2

Eingelegte Stimmzettel:	4'737
ungültig oder leer:	486
Gültige Stimmzettel:	4'251

JA:	3'599
NEIN:	652

Stimmbeteiligung:	46,1 %
-------------------	--------

0.c Rücktritt Thomas Burger als Mitglied des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident: Thomas Burger ist in den letzten viereinhalb Jahren als ruhiger, aber zupackender Ratskollege bekanntgeworden. Er ist nicht durch kleinliche Vorstösse aufgefallen, sondern hat in den Bereichen, die er geprüft hat, immer fundierte Voten abgegeben. Sein technisches Wissen ist für die Finanzkommission und Plenum in den Bereichen Tägerhard sowie Elektrizitäts- und Wasserwerk von grossem Wert gewesen. Sein Know-how wird im Rat fehlen.

Ich danke Herrn Burger für die im Einwohnerrat und in der Gemeinde Wettingen geleistete Arbeit herzlich. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie, dass Sie in Oberrohrdorf ein lohnendes Daheim finden werden. Sicherlich wird man da schnell auf Ihre Qualitäten aufmerksam werden und auf Sie zurückgreifen.

0.d Rücktritt Nada Hess als Mitglied des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident: Ueberrascht hat der Rücktritt von Nada Hess. Sie tritt per sofort aus dem Rat aus. Sie ist beruflich sowie familiär gefordert und hat sich deshalb zum Rücktritt entschlossen. Auch sie ist viereinhalb Jahre im Rat gewesen. Frau Hess war während zweier Jahre als Stimmzählerin tätig. Sie hat geholfen, das Schifflin der Wettigrüen aufrecht zu erhalten. Mir ist sie zudem als eine der besten Haushalthilfen der Gemeinde in Erinnerung. Auch Nada Hess danke ich für Dienste zugunsten der Gemeinde und des Einwohnerrates.

0.e Neueingänge

0.e.a Motion der Fraktionen SP/WG und EVP/LdU betreffend Unterstützung des Projektes Stadtunion

Der Gemeinderat Wettingen wird ersucht, für die Projektleitung Stadtunion einen Beitrag von Fr. 10'000.-- für das Jahr 1999 zu sprechen. Die Stadt Baden hat das Mandat für die Weiterbearbeitung des Projektes an Herrn Beat Suter, Baden (Verfasser der Idee Stadtunion, Metron Brugg), vergeben. Damit die Interessengemeinschaft Stadtunion gegründet und die Vorbereitung des Startes im Jahr 2000 gewährleistet werden können, wird der Projektleiter einige Stunden aufwenden müssen. Das Geld würde ausschliesslich für Administration und Organisation aufgewendet werden.

Die Interessengemeinschaft Stadtunion soll noch in diesem Sommer gegründet werden, sie wird aus Vertretern und Vertreterinnen aller 5 Gemeinden bestehen (Baden, Wettingen, Ennetbaden, Neuenhof und Obersiggenthal). Die Mitglieder der IG arbeiten ehrenamtlich. Die IG wird zusammen mit der Projektleitung die Stadtunion weiterentwickeln. Zu Beginn des Jahres 2000 soll die Stadtunion mit einem oder mehreren Projekten in eine Pilotphase treten. Es ist vorgesehen, dass mittels Kreditanträgen jedes einzelne Testprojekt finanziert werden soll (siehe Artikel Wettinger Post vom 17. Juni 1999).

Baden und Wettingen sind die beiden grössten Gemeinden, welche in der Stadtunion vertreten wären. Baden hat bereits einen Beitrag in derselben Grössenordnung gesprochen und wir würden uns sehr freuen, wenn die Gemeinde Wettingen sich ebenfalls schon in diesem frühen Stadium an der Weiterentwicklung dieses Projektes beteiligen würde.

0.e.b Motion Leo Scherer betreffend gleiche und leistungsbezogene Beiträge an verschiedene Institutionen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung**Die Situation heute**

Die Kinderkrippe Spatzenäschtl existiert seit 25 Jahren. Das Jahresbudget beläuft sich auf rund Fr. 340'000.--; 1995 wurde der Gemeindebeitrag von Fr. 85'000.-- auf Fr. 95'000.-- aufgestockt. Daneben erhält das Spatzenäschtl weitere namhafte Beiträge (u.a. von den Kirchgemeinden) von rund Fr. 37'000.--. Die Elternbeiträge bewegen sich im Bereich von Fr. 160'000.-- bis Fr. 185'000.-- (48 bis 55 % des Gesamtaufwandes). Die Tarife sind nach Einkommen der Eltern oder Alleinerziehenden abgestuft (Fr. 550.-- bis Fr. 1'100.--/ Mt je nach Bruttoeinkommen von Fr. 55'000.-- bis Fr. 110'000.--/Jahr). Das Spatzenäschtl bietet 25 Krippenplätze an und war in den letzten Jahren meistens voll ausgelastet. Daneben werden gelegentlich auch einige Hortkinder betreut. Träger ist ein Verein.

Das Chinderschlössli wurde 1994 eröffnet und hat sich in den bald fünf Betriebsjahren neben den Spatzenäschtl gut etabliert. Das Jahresbudget beläuft sich auf rund Fr. 104'000.-- bis Fr. 113'000.--. Dem Chinderschlössli wird ein gemeindeeigenes Haus kostenlos zur Verfügung gestellt. Diese Sachleistung dürfte etwa einem Wert von Fr. 18'000.-- entsprechen. Darüber hinaus erhielt das Chinderschlössli einen Startbeitrag von Fr. 20'000.-- sowie einmal einen ausserordentlichen Gemeindebeitrag von Fr. 2'500.--. Die Elternbeiträge bewegen sich im Bereich von Fr. 88'000.-- bis Fr. 103'000.-- (85 bis 91 % des Gesamtaufwandes). Die Tarife sind nicht einkommensabhängig abgestuft. Das Chinderschlössli bietet folgende Betreuungsarten an: Krippe (Fr. 900.--/Mt.), Hort (Fr. 600.--/Mt.), Mittagstisch (Fr. 300.--/Mt.), stundenweise Betreuung, nach Absprache (Fr. 8.--/Std.) sowie Spielgruppe (Fr. 95.--/Mt. für einen Vormittag). Es werden in den verschiedenen Betreuungsarten insgesamt 12 bis 14 Kinder pro Tag bzw. rund 40 Kinder pro Woche betreut werden. Träger ist ebenfalls ein Verein.

Daneben richtet die Gemeinde auch einen regelmässigen Beitrag von Fr. 10'000.-- an die Kinderkrippe Baden aus. Diese betreut im Gegensatz zu den in Wettingen ansässigen Institutionen auch Säuglinge, darunter auch eine von Jahr zu Jahr schwankende Anzahl, deren Eltern in Wettingen wohnhaft sind. Auch hier bildet ein Verein die Trägerschaft.

Schliesslich existiert in Wettingen seit 1988 auch noch der Kinderhort Swiss Child Land mit 20 Betreuungsplätzen. Es handelt sich um eine private Institution, die keine Beiträge der öffentlichen Hand erhält, sondern selbsttragend ist. Für einen Betreuungsplatz zahlen die Eltern Fr. 1'130.--/Mt.

Aus dieser gedrängten Übersicht ist leicht herauszulesen, dass die verschiedenen Institutionen sehr ungleich mit Beiträgen bedacht werden. Ergibt sich beim Spatzenäschtl ein Beitrag pro betreutes Kind von rund Fr. 3'800.-- jährlich, wird das Chinderschlössli lediglich mit Fr. 1'300 bis Fr. 1'400 pro betreutes Kind unterstützt. Bei der Kinderkrippe Baden lautet die Vergleichszahl Fr 1'400.-- (1996) bis Fr. 10'000.-- (1998). Das Swiss Child Care kommt ganz ohne öffentliche Gelder aus, muss dafür aber für das gleiche Angebot (Hort) rund doppelt so hohe Monatsbeiträge verlangen wie die öffentlich unterstützten Institutionen.

Neuordnung der Beitragsausrichtung dringend nötig

Diese Ungleichbehandlung ist nicht länger haltbar. Es ist an der Zeit, die Ausrichtung von Gemeindebeiträgen an Institutionen für die ausserhäusliche Kinderbetreuung neu zu ordnen.

Diese sollte nach folgenden Grundsätzen geschehen:

- Beiträge werden nach transparenten Beitragsansätzen ausgerichtet, die für alle Institutionen gelten.
- Bei den Beitragsansätzen wird berücksichtigt, in welchem Masse eine Institution durch sozial abgestufte Tarife beiträgt, Sozialausgaben zu vermeiden, indem auch einkommensschwachen Eltern oder Alleinerziehenden eine Erwerbsarbeit ermöglicht wird.
- Anstelle der bisherigen Pauschalbeiträge werden leistungsbezogene Beiträge nach Massgabe der effektiv erbrachten Betreuungsleistungen in den verschiedenen Betreuungsarten ausgerichtet.
- Die Beiträge sollen einerseits so hoch sein, dass den Institutionen bei guter Belegung das finanzielle Überleben möglich ist, andererseits aber weiterhin ein Anreiz bleibt, mit Elternbeiträgen, Spenden und Sponsorenbeiträgen den Kostendeckungsgrad hoch zu halten oder zu verbessern.

Das Hauptziel dieses Vorstosses ist es, die Beiträge nach transparenten Ansätzen für alle Institutionen gleich zu gestalten und damit kalkulierbar zu machen. Allein die Tatsache, dass neben dem Spatenäschli mit dem Chinderschlössli eine neue Institution entstehen und sich behaupten konnte, weist aber darauf hin, dass der Bedarf nach ausserhäuslichen Kinderbetreuungsplätzen aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahren gestiegen ist. Weiter ist zu bedenken, dass neu auch das private Swiss Child Land Beiträge zugute haben wird, sofern und soweit von ihm erbrachte Betreuungsleistungen gemäss den neu zu schaffenden Beitragsansätzen dazu berechtigen. Es wird deshalb auch nötig sein, das bisherige gesamthafte Beitragsvolumen zu überprüfen und nötigenfalls aufzustocken. Der Gemeinderat wird gebeten, entsprechende vertiefte Abklärungen zu machen und darzulegen, wie gross das Beitragsvolumen gemäss den obigen Grundsätzen sein müsste, und entsprechend Antrag zu stellen.

Um zu vermeiden, dass wegen eines falschen Beitragsautomatismus bei der ausserhäuslichen Kinderbetreuung Überkapazitäten entstehen, die nur ungenügend ausgelastet werden können, gleichwohl aber mit öffentlichen Geldern finanziert werden müssen, sollen nicht die Betreuungsplätze als solche für die Beitragsbemessung massgebend sein, sondern die effektiv erbrachten Betreuungsleistungen. Es soll aber auch von der bisherigen Praxis der Pauschalbeiträge Abschied genommen werden. Damit wird ebenfalls nicht die effektiv erbrachte Leistung honoriert. Pauschalbeiträge sind unflexibel, wie sich am Beispiel des Beitrages an die Kinderkrippe Baden zeigt, und sie bevorzugen bereits länger etablierte Institutionen in nicht mehr haltbarer Weise.

Bei der Festlegung der Beitragssätze ist darauf zu achten, dass die verschiedenen Institutionen unterschiedliche Gebührenordnungen haben. Während die einen mit fixen Gebühren arbeiten, stufen sie andere nach dem Einkommen der Eltern ab. Das macht sozial betrachtet durchaus Sinn, können doch gerade Eltern oder Alleinerziehende der tieferen Einkommensschichten sich einen Krippenplatz oftmals nur dann leisten, wenn sie einen reduzierten Sozialtarif bekommen. Auf der andern Seite ermöglicht ihnen aber erst dies, überhaupt einer Erwerbsarbeit nachzugehen und nicht vollends vom Sozialamt abhängig zu werden. Die Beitragssätze sollten daher so festgelegt werden, dass sich damit Sozialausgaben vermeiden lassen. Andererseits muss aber auch darauf geachtet werden, dass die einzelnen Institutionen einen angemessenen Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge und / oder Sponsorenbeiträge sowie Vereinsbeiträge erreichen.

Text:

1.

Der Gemeinderat wird eingeladen, die finanzielle Unterstützung der verschiedenen Institutionen der äusserhüslichen Kinderbetreuung nach folgenden Grundsätzen neu zu ordnen:

1.1

Die verschiedenen Institutionen erhalten Beiträge nach Beitragsansätzen, welche für alle gleich sind. Für Institutionen ausserhalb der Gemeinde gilt dies nur, wenn die Institutionen in der Gemeinde eine entsprechende Betreuungsart nicht anbieten.

1.2

Die Beiträge werden leistungsbezogen ausgerichtet, richten sich somit nach den effektiv erbrachten Betreuungsleistungen.

1.3

Die Ansätze für die Bemessung der Beiträge sind (differenziert nach den Betreuungsarten) so festzulegen, dass der Gemeindehaushalt vorderhand im Wesentlichen nicht stärker belastet wird als dies im Rechnungsjahr 1998 aufgrund der bereits ausgerichteten Beiträge insgesamt der Fall war.

2.

Falls der Gemeinderat aufgrund einer vertieften Abklärung zum Schluss kommen sollte, dass die derzeitigen Beiträge für einen finanziell gesunden Weiterbetrieb der existierenden Institutionen nicht ausreichen, wird er eingeladen, darüber Bericht zu erstatten und einen Antrag zur Erhöhung des Beitragsvolumens zu stellen.

0.e.c Postulat Edith Studer betreffend Schaffung von Wohn- und Pflegeplätzen für jüngere Langzeitpatienten

Ich bitte den Gemeinderat zu prüfen, wo jüngere langzeitkranke Menschen plziert werden können.

Begründung:

Immer wieder stehen jüngere Langzeitkranke vor der Frage: Wie geht es weiter? Welche Zukunftsperspektiven habe ich? Bleibt wirklich keine andere Möglichkeit als in ein Pflegeheim einzutreten? Bin ich hier bis zu meinem Lebensende? Der Einsatz von Angehörigen ist gross und übersteigt auf die Dauer die körperlichen und seelischen Kräfte. Spitexdienste sind zeitlich begrenzt und können nur einen Teil der Betreuung übernehmen.

Aus Gesprächen mit Patienten, Angehörigen, Ärzten und sozialen Institutionen geht hervor, dass Handlungsbedarf besteht.

In ihrem Zuhause ist für diese Menschen bei der Betreuung, die Nutzung ihrer vorhandenen Fähigkeiten und die Förderung von Ressourcen von zentraler Bedeutung. Eine bedürfnisorientierte Tagesstruktur, aber auch verschiedene soziale Kontakte geben neue Impulse und fördern den Genesungsprozess.

Möglichkeiten der Realisierung:

In einem bestehenden Pflegeheim eine Pflegeeinheit den besonderen Bedürfnissen dieser Patienten anpassen.

Vorteil: Die bestehende Infrastruktur kann genutzt werden.

Nachteil: Dem ohnehin sehr knapp dotierten Pflegepersonal ist es zeitlich kaum möglich, diese Klienten angemessen zu pflegen und zu fördern.

Pflegewohnungen:

Vorteil Die ambulanten Dienste (Physio- und Aktivierungstherapie usw.) könnten extern genutzt werden, was eine willkommene Abwechslung wäre.

0.e.d Postulat Patricia Schibli betreffend Entwicklung des Flugverkehrs über Wettingen

Text:

Wettingen wird vom Flugverkehr stark betroffen. In naher Zukunft wird die Belastung noch massiv ändern.

1. Der Gemeinderat wird höflich eingeladen aufzuzeigen,
 - a)
 - wie das laufende Verfahren mit den Konzessionserteilungen bezüglich Flughafen- ausbau und Konzessionserneuerung des Flughafenbetriebs Kloten ablaufen und zu- sammenhängen,
 - wann welche Schritte zu erwarten sind und
 - wo die Gemeinde und Private in diesem Verfahren Einfluss nehmen können und mit welchen voraussichtlichen Kostenfolgen (Rechtsmittelbelehrung);
 - b)
 - in welchem Rahmen der Gemeinderat in diesem rechtlichen Verfahren und auch ausserhalb davon bestmöglich Einfluss nehmen kann (z.B. Kooperation mit Nach- barsgerneinden wie Würenlos, Neuenhof etc. und / oder über die bestehende etab- lierte Plattform des Schutzverbandes Flughafen). Welches sind die jeweiligen Vor- und Nachteile sowie Bedingungen und Kosten?
2. Der Gemeinderat wird höflich eingeladen, den Einwohnerrat über die weiteren Neu- igkeiten zu diesem Thema auf dem laufenden zu halten (z.B. über Anstrengungen / Verhandlungen des Gemeinderates oder des Regierungsrates, Beantwortung der eingereichten Interpellation im Grossrat, Entscheide auf Bundesebene und deren Folgen für die Gemeinde etc.).
3. Der Gemeinderat wird höflich eingeladen, die Informationen zu 1 und 2 nicht nur an den Einwohnerrat, sondern auch an alle Wettinger Einwohner in geeigneter Form weiterzugehen, z.B. über die Wettinger Post.

Begründung:

Vom Fluglärm wird die gesamte Bevölkerung betroffen. Die Fluglärmzunahme in den letzten Jahren über Wettingen war bereits gut wahrnehmbar. Die prognostizierte Flug- lärmzunahme über unseren Köpfen ist mit und ohne Ausbau des Flughafens massiv und zudem lässt sie freie Hand für grosse Abweichungen zu.

Im Zusammenhang mit den Konzessionsverfahren werden neue Weichen gestellt über das Zusammenleben:

- es werden neu Grenzwerte für nationale Flughäfen festgelegt, was es bis jetzt noch nicht gab;
- es wird entschieden werden, in welcher Art und Weise geflogen wird;
- es wird beeinflusst, wieviel Lärm Private und welche Bevölkerungsregionen zu tragen haben bei einem boomenden Flugverkehrsvolumen.

Dies ist ein Prozess und Vorgang von grosser Tragweite, bei dem wir mitzureden und Nägel einzuschlagen haben, dass man überhaupt mitreden kann. Schaffhausen, Deutschland und Zürcher Gemeinden wehren sich massiv. Es ist zu befürchten, dass dadurch die Region Wettingen zusätzlich belastet wird, wie es schon zu beobachten war.

0.e.e Postulat Leo Scherer/Franziska Herzog betreffend Oeko-Strom-Angebot des EW Wettingen

Der Gemeinderat wird eingeladen, das Elektrizitätswerk (EW) Wettingen dazu zu bewegen, den Kundinnen und Kunden in seinem Versorgungsgebiet im Alleingang oder in Zusammenarbeit mit dem AEW (Aargauische Elektrizitätswerke) und / oder privaten Trägerschaften im Bereich der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ein Öko-Strom-Angebot zu machen.

Begründung:

Öko-Strom-Angebote werden seit einiger Zeit von verschiedenen Elektrizitätsversorgungsunternehmen gemacht und stossen auf eine erfreulich grosse Nachfrage. Offenbar besteht - wie im Food-Bereich bei den Bioprodukten - eine beträchtliche Bereitschaft, die Mehrkosten für eine ökologisch einwandfreie Stromproduktion freiwillig zu bezahlen. Das EW Zürich beispielsweise ist nicht mehr bzw. noch nicht in der Lage, die gesamte Nachfrage nach Solarstrom zu befriedigen.

In Wettingen, wo das EW ein gemeindeweites Versorgungsmonopol inne hat, ist es leider noch nicht möglich, freiwillig den Aufpreis für umweltfreundliche Kilowattstunden zu bezahlen und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass die Stromproduktion auf der Basis von erneuerbaren Energiequellen sich entwickeln kann.

Diese Lücke im Angebot sollte baldmöglichst geschlossen werden.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es soll nicht eine neue Quersubventionierung eingerichtet werden. Die Öko-Strom-Angebote des EW sollen zu vollständig kostendeckenden Preisbedingungen erfolgen.

0.e.f Postulat Leo Scherer betreffend Elektromog-Belastungskarte und Moratorium bei der Bewilligung von Mobilfunk-Antennen

Der Gemeinderat wird eingeladen,

1. eine Elektromog-Karte zusammenzustellen und im amtlichen Publikationsorgan zu veröffentlichen; diese Karte sollte
 - a) die Standorte der bestehenden und geplanten Anlagen, welche Elektromog erzeugen (Hochspannungsleitungen, Mobilfunkantennen und dergleichen) aufzeigen;

- b) Aufschluss geben, welche Wohn- und Arbeitsgebiete wie stark durch niederfrequente und hochfrequente elektrische und elektromagnetische Felder belastet werden (einschliesslich Angaben zur Charakteristik und Leistung der Sender).
2. Bewilligungsverfahren für Mobilfunkantennen soweit rechtlich möglich zu sistieren, bis die Verordnung des Bundes über den Schutz vor nichtionisierenden Strahlen rechtskräftig erlassen ist, oder zumindest mit dem Vorbehalt zu versehen, dass nötigenfalls eine nachträgliche Anpassung der Anlagen an die künftigen Grenzwerte verlangt werden kann.

Begründung

Das Thema Elektromog gewann in letzter Zeit als Folge des Wettlaufs der verschiedenen Anbieter beim Bau von Mobilfunkantennen sowie der Bestrebungen der Elektrowirtschaft, die Kapazität der Hochspannungsleitungen systematisch zu erhöhen, an Aktualität. Da diese beiden Entwicklungen noch voll im Gang sind, wird es in nächster Zeit auf noch brennenderes Interesse stossen. Das Unwissen über die Folgen der zunehmenden Elektromog-Belastung auf Mensch und Umwelt ist noch gross. Nach langem Zögern will der Bund nun endlich eine einschlägige Verordnung erlassen. Im Hintergrund liefern sich aber die verschiedenen Interessengruppen zur Zeit einen unerbittlichen Kampf. Während die einen am liebsten überhaupt keine Grenzwerte möchten, fordern die andern rund tausendmal tiefere Grenzwerte als im ersten Entwurf vorgeschlagen, damit auch besonders empfindlichen Bevölkerungsgruppen wirksam geschützt werden und präventiv auch das Problem der chronische Langzeitbelastung mitberücksichtigt werden kann. Unterdessen schreitet der Bau von Mobilfunkantennen im rechtsfreien Raum munter voran und es besteht die Gefahr, dass ein Grossteil bereits fertiggestellt sein wird, bevor Grenzwerte in Kraft treten. Ein solches Massenexperiment mit uns als Versuchskaninchen ist höchst fragwürdig und dürfte bei weiten Teilen der Bevölkerung auf grosses Unverständnis stossen.

0.e.g Interpellation Felix Feiner betreffend Abfallsammelstellen

Auf dem ganzen Gemeindegebiet sind 12 frei zugängliche Sammelstellen für Glas, Alu, Batterien und Altkleider vorhanden. Diese Stellen werden oft zum Entsorgen von jeglichem Abfall benützt. Auch wird viel Verpackungsmaterial (Säcke, Kartons etc.) nach der Entsorgung der Wertstoffe einfach liegengelassen. Bei windigem Wetter fliegen dann die leichten Sachen in der ganzen Umgebung herum. Vor allem an Wochenenden bieten die meisten Sammelstellen ein tristes Bild. Ein Dank gebührt den Mitarbeitern des Bauamtes, die diese Plätze immer wieder sauber aufräumen.

Ich bitte den Gemeinderat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Was sieht der Gemeinderat für Möglichkeiten, diese wilden Entsorgungen in den Griff zu bekommen?
2. Was wurde in der Vergangenheit mit oder ohne Erfolg unternommen?
3. Wie gross wird der zeitliche Aufwand pro Woche geschätzt, den die Mitarbeiter zur Säuberung der Plätze benötigen?
4. Wie hoch schätzt man das Gewicht des jährlich zu entsorgenden wild deponierten Mülls?

1 Protokoll der Sitzung vom 29. April 1999

Das Protokoll der Sitzung vom 29. April 1999 wird mit kleinen Ergänzungen genehmigt und dem Verfasser verdankt.

2 Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanzkommission (anstelle des zurücktretenden Thomas Burger)

Als Nachfolger des wegen Wohnortswechsels zurücktretenden Thomas Burger wird Vreni Neukomm mit sehr grosser Mehrheit als Nachfolgerin in die Finanzkommission gewählt.

3 Einbürgerungen**3.a BALDUZZI-Gonzales Ana Maria, BALDUZZI Marco und Nora**

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	44
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	44

	Ja	Nein
Stimmen	42	2

3.b MERLI Miriam

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	44
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	44

	Ja	Nein
Stimmen	42	2

3.c**4 Genehmigung Rechenschaftsbericht 1998****Eintreten**

Max Lotter: Der Jahresbericht 1998 fällt wiederum durch seine gediegene und übersichtliche Gestaltung auf. Im seinem Vorspann erläutert der Gemeinderat die wichtigsten Punkte aus seiner Sicht. Mit der neuen Amtsperiodetrat auch die neue, kunden- und steuerfreundliche Verwaltungsorganisation in Kraft. Doch kaum ein Thema regt zu Luftsprüngen an, unsere Gemeinde wird ruhig, effizient und ohne nennenswerte Probleme geführt.

Die Geschäftsprüfungskommission hat an der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat den Rechenschaftsbericht 1998 besprochen und diverse Erläuterungen eingeholt. Dieses Jahr hat sich die GPK eingehender mit dem Ressort Erziehung, Bildung, Kultur befasst. In einer Sondersitzung gaben der Ressortvorsteher und der Schulpflegepräsident Auskunft.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt einstimmig, den Rechenschaftsbericht zu genehmigen.

Detailberatung

I. Behörden, Allgemeine Verwaltung

8. Mündigkeitsfeier

Max Lotter: An den Mündigkeitsfeiern lagen in den vergangenen Jahren die Teilnehmerzahlen bei 40 %.

9. Bundesfeier

Max Lotter: Die Bundesfeier 1999 wird versuchsweise am späten Vormittag und über die Mittagszeit stattfinden. Ueber den Erfolg kann man spekulieren.

II. Öffentliche Sicherheit, Volkswirtschaft

3. Feuerwehr und Feuerwehrkommission

Max Lotter: Zum Korpsbestand ergänzt der Gemeinderat, dass 100 bis 120 Mann für die Stützpunktfeuerwehr Wettingen angemessen und richtig sind. Bei einer weitergehenden Nutzung des Feuerwehrmagazins ist zu berücksichtigen, dass bei Zweckentfremdung der Räumlichkeiten Subventionen zurückbezahlt werden müssten. Optimierungen werden laufend überprüft. Dies ist gleichzeitig eine Antwort auf das Postulat Scherrer.

8.4 Business-Pool Region Baden

Max Lotter: Hier lassen die grossen Fische noch auf sich warten. Die Gemeinde hat über den Wirtschaftsstandort Wettingen eine Dokumentation zusammengestellt.

III. Erziehung, Bildung, Kultur

Max Lotter: Zum Thema Globalbudget, vgl. Postulat Müller, gibt der Gemeinderat zur Auskunft, dass zur Zeit keine weiteren Abklärungen getroffen werden. Begründet wird dies unter anderem auch damit, dass in Baden ein Pilotprojekt läuft, das in zwei bis drei Jahren abgeschlossen sein wird. Dannzumal wird in Wettingen die Diskussion wieder aufgenommen.

5. Kindergärten

Max Lotter: Da im nächsten Jahr die Sanierung des Kindergartens Altenburg 1 ansteht, wäre es ideal, wenn der Kindergarten Lindenstrasse als Ausweich-Kindergarten benutzt werden könnte. Zudem haben die Kindergärtnerinnen nach wie vor kein fest zugewiesenes Sitzungszimmer. Der Kindergarten Lindenstrasse wäre für diese Zwecke bestens geeignet.

6.1 Schwimmunterricht

Der Unterricht im Tägerhard scheint bestens zu laufen. Das Problem des Transports von Altenburg-Schülern ist noch zu lösen. Hierzu sind der Schulsekretär und die RVBW miteinander im Gespräch.

10. Informatik

Max Lotter: An einer sinnvollen Informatikausbildung wird sicherlich niemand rütteln. Der Gemeinderat ergänzt hierzu, dass der integrierte Informatikunterricht ausgebaut werden soll. Es ist vorgesehen, Internet für Lehrkräfte einzurichten, Internet an der Oberstufe ab 2001 anzubieten (ein Reglement ist in Vorbereitung) und in jedem Schulkreis einen Medienraum zu haben.

11. Ausländerfragen:

Max Lotter: Der Anteil der Ausländerschüler liegt bei 22 % oder 500 Schülerinnen und Schülern. Man erwartet, dass die Ausländer selber zu einer besseren Integration in der Gemeinde beitragen.

Es war im Bericht nicht zu lesen, aber der Presse zu entnehmen, dass im Eigi ein Waldschulzimmer eingerichtet worden ist. Auf Initiative des Försters wurde dieses beim Eigiweiher mit einigen Bänken eingerichtet. In Zusammenarbeit mit Förster und Lehrerschaft soll sich die Schuljugend vermehrt praxisnah mit Waldbäumen, Pflanzen- und Tierwelt auseinandersetzen.

Im Namen der GPK wird der Wettinger Lehrerschaft für ihren unermüdlichen Einsatz im Schulbereich danken. Es ist nicht einfacher geworden auf der Grossbaustelle Schule, umsomehr werden die Bemühungen geschätzt.

IV. Gesundheit, Sport

4. Spitex

Max Lotter: Der Leistungsauftrag an die Spitex beinhaltet im Wesentlichen das Anbieten von Dienstleistungen für die Pflege zu Hause, das Wohnen und Leben zu Hause für alle Altersgruppen und schliesslich die Spitexleistungen im Ambulatorium.

Im abgeschlossenen Vertrag sind Stundenansätze, die Finanzierung und die Aufgaben der Auftraggeberin (der Gemeinde) umschrieben. Der Beitrag wurde auf Fr. 180'000.-- festgelegt. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 5 Jahren. Die Spitex wird Ende Juni in das Gebäude der Swisscom umziehen. Die Einrichtungen werden aus dem Betriebskapital finanziert.

10. Sport- und Erholungszentrum Tägerhard

Max Lotter: Ich zitiere hier aus dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 8. Juni 1999: "Was hat der Gemeinderat unternommen, nachdem der Kredit von 1,8 Millionen Franken im Einwohnerrat abgelehnt worden ist?"

Nachdem der Einwohnerrat den Kredit für Restaurant und Saal abgelehnt hat, hat der Gemeinderat in Absprache mit dem jetzigen Pächter die Vermietung neu ausgeschrieben. Nach anfänglichen positiven Verhandlungen ist ein geeigneter Bewerber wieder abgesprungen. Weitere Verhandlungen waren erfolglos. Der jetzige Pächter wäre bereit gewesen, Saal und Restaurant zu übernehmen und selber zu investieren. Bei dieser Variante hätte er jedoch keinen Pachtzins mehr bezahlt. Der jetzige Betriebsleiter wäre bereit gewesen, einen höheren Mietzins zu bezahlen. Herr Kramer wollte den Betrieb jedoch nicht seinem Angestellten übergeben und hat ihm gekündigt. Der Gemeinderat prüft nun, was für die Sanierung von Restaurant und Saal dringend notwendig ist und zu welchen Konditionen der Betrieb nach Ablauf des Vertrages mit Herrn Kramer (Februar 2001) neu vermietet werden."

Hierzu habe ich eine persönliche Bemerkung: Ich bedaure, dass es dem Gemeinderat nicht gelungen ist, die gute Lösung mit dem umsichtigen Wirtepaar und dem kompetenten Pächter weiterführt. Jahrelange Aufbauarbeit ist offenbar durch Kommunikationsfehler oder -probleme vernichtet worden.

V. Soziale Wohlfahrt

8. Pilotprojekt Pflegewohnungen Wettingen

Max Lotter: Die Erfahrungen mit dem Pilotprojekt Pflegeheim National sind bis heute positiv. Das Klima scheint dort sehr gut zu sein.

VI. Raumplanung, Verkehr

8.1 Verkehrskommission

Einwohnerratspräsident: Hier muss es gemäss Feststellungen von Herrn Felix Feiner heissen: Stellungnahme zum Regio-Express Baden – Brugg - Aarau (statt Baden - Wettingen - Brugg).

VII. Finanzen, Steuern

Max Lotter: Hier haben wir uns informieren lassen, wie der mit dem neuen Steuergesetz verbundene personelle Mehraufwand sich auswirken wird. Nach groben Schätzungen geht der Gemeinderat von ca. 30 % aus, vorwiegend im Veranlagungsbereich.

VIII. Gemeindewerke

Keine Wortmeldungen.

IX. Regionale Verbände und Körperschaften

Keine Wortmeldungen.

Heinz Germann: Ich greife keinen einzelnen Punkt aus dem Rechenschaftsbericht heraus, sondern will global über Bericht und Rechnung hinwegschauen. Gestatten Sie, dass ich hierbei einige Bemerkungen zu Rechenschaftsbericht und Rechnung gemeinsam anbringen werde.

Die FDP-Fraktion schaut mit Freude, aber auch kritisch und etwas enttäuscht, auf das vergangene Jahr zurück. Erfreulich ist sicherlich die gute Rechnung von Einwohnergemeinde und EWW. Es liegt eine gute Verwaltungsrechnung vor, die ein paar ausserordentliche Einnahmen (Grundstückgewinnsteuer, Liegenschaftenverkäufe) auszuweisen hat. Auf der anderen Seite ist es auch eine gute Rechnung als Folge von bewusstem Kostendenken, Sparmassnahmen und Reorganisation.

Die Rechnung erlaubt Abschreibungen von insgesamt 6,5 Mio. Franken. Die Lova-Massnahmen haben das erste Mal ein ganzes Jahr gegriffen. Es zeigt sich, dass die Übung nötig gewesen ist. Gewohnte Standards sind kritisch hinterfragt worden. Mehrausgaben sind nicht einfach durch mehr Steuereinnahmen kompensiert worden.

Die FDP-Fraktion denkt gerne an die Entstehung des Lova-Gedankens zurück. Wenn der Rechenschaftsbericht näher angesehen wird, so ist der Lova-Geist verflogen, die Visionen sind weg, es ist alles etwas verflacht. Wettingen wird verwaltet. Wir sind der Ansicht, dass der Lova-Gedanke als Dauerauftrag in der Verwaltung verankert und vor al-

lem in den Köpfen des Gemeinderates sein soll. Wir erwarten gerne neue Vorschläge und Ansätze in dieser Richtung. Der vorliegende Rechenschaftsbericht ist schön. - Es fehlen kritische Bemerkungen und Ansätze. Das Berichtsjahr plätschert lustlos vor sich hin.

Ein gutes oder eben miserables Beispiel ist das Sport- und Erholungszentrum Tägerhard. Das Tägerhard-Schiff dümpelt nun 5 Jahre vor sich hin. Ideen des Gemeinderates wirken mut- und hilflos. Die Besucherzahlen sinken. Das Betriebsdefizit steigt. Der Unterhalt ist ein Fass ohne Boden, Attraktivitätssteigerungen sind ein Fremdwort. Es gehen Jahre dahin, ohne dass etwas passiert. In Nachbargemeinden gibt es mindestens ein Wellenbad oder eine Rutschbahn.

Das Standortmarketing ist eine Worthülse. Es müssen nicht die grossen Lettern Hollywoods an der Lägern angebracht werden. Der gute Steuerfuss könnte besser vermarktet werden. Globalbudget: Die Taktik hier, man wartet ab. Soziale Wohlfahrt: Es mussten ältere Schwachstellen und Altlasten ausgemerzt werden. Der Rechenschaftsbericht zeigt dem Stimmbürger zuwenig von der gesamten Auswirkung dieser Problematik. Gäbe es nicht auch hier einen anderen Ansatz zu einer kompakten Dossierbewirtschaftung?

Es ist bekannt, dass bei übervollen Kassen die Ideen besser gedeihen. Könnte man aber nicht auch mit knapperen Mitteln Kreativität beweisen? Mit einer solchen Retrospektive wird auch nur der Ansatz eines Blitzes vermisst. Die FDP ist enttäuscht. Ein zweiter Ruck durch den Gemeinderat ist nötig.

BESCHLUSS DES EINWOHNERRATES

Der Einwohnerrat fasst einstimmig den Beschluss:

Der Rechenschaftsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1998 wird genehmigt.

5 Genehmigung Verwaltungsrechnungen 1998

Eintreten

Roland Kuster: Heinz Germann hat vieles vorweg genommen. Es geht der Finanzkommission so als würde man in Nostalgie schwelgen. Die Resultate liegen ein halbes Jahr zurück. Es war das letzte Mal, dass die Rechnung nach altem Rechnungsmodell erstellt worden ist. Und schliesslich liegt ein Ergebnis vor wie in den guten alten Zeiten, als es mit den Finanzen nur nach oben gegangen ist.

Die Finanzkommission hat die Verwaltungsrechnung 1998 eingehend geprüft. Grundsätzlich kann von einem überaus erfreulichen Ergebnis gesprochen werden. Folgende Punkte haben zum guten Ergebnis beigetragen.

Ertragsseite: Es ist ein Ueberschuss von Fr. 300'000.-- über Budget zu vermerken. Würde ohne den Steuersegen operiert, müsste ein Minus von 1 Mio. Franken hingenommen werden. Der glückliche Umstand ist in der Grundstückgewinnsteuer, welche von zwei Grundeigentümern hervorgerufen worden ist, zu suchen.

Aufwandseite: Hier liegen wir ca. 3,5 Mio. Franken unter dem Budget und noch ca. Fr. 800'000.-- unter der Rechnung 1997. Morgenröte betreffend Sparanstrengungen sind sichtbar.

Das Resultat daraus ist der kleinste Nettoaufwand seit anfangs der 90er Jahre, es muss aber weitergeschaut werden. Der Cash-flow ist auf 6 Mio. Franken angewachsen. Aufgrund der sehr tiefen Investitionen von 3,8 Mio. Franken können rund 2 Mio. Franken zur Tilgung der Schulden verwendet werden. Daraus resultiert eine Summe ungedeckter Schulden von rund 27 Mio. Franken, umgelegt auf die Einwohnerzahl entspricht dies einem Betrag von weniger als Fr. 1'000.--. Dies entspricht der Hälfte des durchschnittlichen Verschuldungsgrades der Aargauer Gemeinden.

Die Darlehensschuld gesamthaft konnte um 6 auf 40 Mio. Franken reduziert werden. Das sind die nackten Zahlen. Weh tut, dass Abschreibungen von Steuern und Debitorenforderungen von 2,2 Mio. Franken hingenommen werden mussten. Dies entspricht rund 6 Steuerprozenten.

Die Ergebnisse sind das Resultat konsequenter Anstrengungen von Gemeinderat, Finanzverwaltung und übriger Verwaltung. Der Lova-Geist ist klar ersichtlich. Die Finanzkommission hat detaillierte Revisorenberichte zur Kenntnis genommen zum Sport- und Erholungszentrum Tägerhard, zum EWW und zur Unterstützungsbuchhaltung. Darüber hinaus sind die Abteilung II und die Kulturförderung genau angesehen worden. Ueberall ist allen Beteiligten korrektes Arbeiten attestiert worden. Verbesserungsvorschläge sind eingebracht und bereits umgesetzt worden.

Die Finanzkommission beantragt die Genehmigung der Verwaltungsrechnung.

Marcel Huggenberger: Die SP-Fraktion ist überrascht über das gute Ergebnis. Bei genauerer Betrachtung der Zahlen und Rechnung muss bei den Steuern der natürlichen und juristischen Personen festgestellt werden, dass das Budget nicht erreicht worden ist. Auch bei den Steuerausständen ist ein massiver Rückstand zu verzeichnen.

Die Darlehensschulden konnten um 6 Mio. Franken reduziert werden. Sie werden sich in den nächsten Jahren wieder massiv erhöhen. Die Nettoinvestitionen sind für die Grösse der Gemeinde sehr bescheiden gewesen. Das gäbe einen Selbstfinanzierungsgrad von 160 %, wenn die notwendigen Investitionen kommen, kann dazu keine Aussage mehr gemacht werden.

Die Nettoinvestitionen in den letzten sechs Jahren haben 29 Mio. Franken betragen. Das ist für eine Gemeinde in unserer Grössenordnung sehr bescheiden. Gemäss Finanzplan werden die Investitionen 1999 8.8 Mio., 2000 15 Mio. und 2001 5.9 Mio. Franken betragen. Wir sind der Meinung, dass auch auf der Ertragsseite etwas unternommen werden müsste. Ich bin nicht der Meinung von Heinz Germann, dass mehr Leistung mit weniger Steuern erbracht werden sollen. Auch muss man mit den Sprüchen nach Kreativität aufhören. Immer dann wenn etwas Kreatives gebracht wird und es etwas kostet, torpediert der Einwohnerrat die Vorschläge. Es ist begreiflich, dass es schwierig ist, unter diesen guten Voraussetzungen des Rechnungsabschlusses dem Volk eine Steuererhöhung schmackhaft zu machen.

Abschliessend danken wir der Finanzverwaltung für die saubere und übersichtliche Rechnung.

Kurt Müller: Die SVP ist vom Rechnungsergebnis angenehm überrascht und beantragt Genehmigung. Trotzdem hätten wir eine Fortsetzung der Arbeiten des Gemeinderates im Sinne der Lova erwartet. Diese Erwartungen sind aber nur zu einem kleinen Teil erfüllt worden. Weiterhin sind alte Besitzstände unantastbar, obwohl es objektiv keine plausible Rechtfertigung mehr dafür gäbe. In einigen Bereichen, die nicht zu den Kernaufgaben gehören, Sportzentrum, EW, Ferienhaus Ftan will man den Schritt in die Privatisierung noch nicht realisieren.

Innerhalb der Räte, der Kommissionen und der Verwaltung werden Sitzungsgelder, Entschädigungen, Zulagen und Vergünstigungen in Summen ausbezahlt, die in einem Missverhältnis zu den tatsächlich erbrachten Leistungen stehen. Es fehlt unserer Fraktion ein Konzept, wie der Gemeinderat die überdurchschnittlich qualifizierten Lehrkräfte in Wettingen halten oder nach Wettingen bringen möchte. Auch in den Bereichen Bildung, Sport und Kultur werden Beiträge und andere Leistungen nach dem Motto ausbezahlt, wer bisher etwas erhalten hat, soll dies auch weiterhin bekommen.

Detailberatung

Einleitung

Keine Wortmeldungen.

1. Behörden, Allgemeine Verwaltung

Roland Kuster: Auch die Finanzkommission hat sich mit Visionen beschäftigt. Der Gemeinderat wurde gefragt, in welcher Richtung sich die Finanzkennzahlen bewegen werden. Dazu erhielten wir ein Arbeitspapier, das mit dem rollenden Finanzplan identisch ist. Daraus lassen sich 3 Hauptszenarien herauslesen: Nettoaufwand gleich wie heute, Nettoaufwand Fr. 500'000.-- kleiner oder Nettoaufwand Fr. 500'000.-- höher.

Ein spezieller Blick wurde auf Spesenentschädigungen und Sitzungsgelder geworfen. Es ist nicht in allen Teilen mit gleichen Ellen gemessen worden. Die Finanzkommission hat Ueberlegungen angestellt, wie diesem Umstand Rechnung getragen werden könnte. Das Konzept noch nicht fertig entwickelt. Es werden Entschädigungen ausgerichtet, die nicht im Spesenreglement abgewandelt werden.

Gemeindeammann Karl Frey: Schon öfters haben wir heute etwas von Visionen gehört. Fremdwörter sind zum Teil Glücksache. Es werden verwechselt Vision und Revision. Hier sind wir bei der Rechnungsablage und deshalb bei der Revision, Vision ist ein Thema der Budgetierung und der Ueberarbeitung des Finanzplanes. Die Finanzkommission soll bei der Spesenregelung konkret werden und nicht in allgemeiner Weise Rügen anbringen. Jede Kommission hat ihren Hintergrund. Kultur in anderen Gemeinden unserer Grössenordnung wird durch Kultursekretariate abgedeckt.

2. Öffentliche Sicherheit, Volkswirtschaft

Roland Kuster: Ich habe bereits erwähnt, dass sich die Visura diesem Thema genau angenommen hat. Die Finanzkommission hat einen sehr guten Eindruck der Sicherheitsabteilung erhalten. Genauer angesehen wurde der Ablauf des Parkgeldeinkassierens. Hier besteht ein klares Konzept.

3. Erziehung, Bildung, Kultur

Roland Kuster: Die Finanzkommission hat das Thema Ftan angesprochen. Auch wenn dies ein Thema mit, nach Ansicht des Gemeindeammanns, visionärem Charakter ist, so ist festzustellen, dass die Belegungszahlen abnehmend sind und grössere Investitionen anstehen. Wie soll es mit dem Ferienhaus weitergehen? Eine interne Arbeitsgruppe der Schulpflege befasst sich damit und wird dem Gemeinderat Entscheidungsgrundlagen liefern.

4. Gesundheit, Sport

Roland Kuster: Hier stand das Tägerhard im Zentrum der Diskussionen. Die Finanzkommission ist nicht sehr glücklich über die Situation wie sie sich entwickelt. Aufgrund

des Ablehnungsentscheids betreffend Kreditbegehren von 1,8 Mio. Franken hat ein Ausschuss von Gemeinderat und Finanzkommission versucht das Thema bilateral zu behandeln. Diskussionsbasis bildeten die Finanzen und die Konzepte. Die gemeinsamen Anstrengungen haben noch keine Früchte getragen. Einige Punkte sind vom Gemeinderat an die Hand genommen worden. Es soll das Ziel sein, auch in Zukunft ein attraktives Sport- und Erholungszentrum zu haben, auf das die Gemeinde Stolz sein kann und das möglichst ein kleineres Defizit abwirft als heute.

5. Soziale Wohlfahrt

Roland Kuster: Einige Jahre lang wurden die nicht ganz glücklichen Umstände in der Unterstützungsbuchhaltung angeprangert. Nun war festzustellen, dass rigoros durchgegriffen worden ist. Die Ressortvorsteherin, Frau Gemeinderätin Doris Stump, und der Leiter der Sozialabteilung, Herr Josef Hungerbühler, haben massgeblich für eine Kehrtwende gesorgt. Die Pendenzen konnten abgeschrieben werden.

6. Raumplanung, Verkehr

Keine Wortmeldungen.

7. Finanzen, Steuern

Roland Kuster: Die Finanzkommission hat sich durch die Visura erläutern lassen, in welcher Form und mit welcher Rendite die Gemeindelienschaften vermietet werden. Es war ernüchternd festzustellen, welche Bruttorendite erwirtschaftet wird. Die Gründe liegen unter anderem darin, dass Vermietungen an Mieter erfolgen, die Unterstützung erhalten. In diesen Fällen kann kein ortsüblicher Zins verlangt werden. Es könnte nach unserer Meinung auf der Ertragsseite trotzdem noch etwas unternommen werden.

Rückkommen wird nicht verlangt.

8. Rechnung Elektrizitäts- und Wasserwerk

Keine Wortmeldungen.

Roland Kuster: Namens der Finanzkommission will ich es nicht unterlassen, verschiedenen Stellen, Gemeinderat, Finanzverwaltung und anderen Organe der Verwaltung für die offenen Gespräche den herzlichen Dank abzustatten.

Beschluss des Einwohnerrates

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltungsrechnungen 1998 der Einwohnergemeinde sowie des Elektrizitäts- und Wasserwerkes werden genehmigt.

6 Interpellation Weber-Graf Marianne betreffend Aktenaufgabe zum Ausbau des Flughafens Zürich

Marianne Weber: Mit meiner Interpellation wollte ich bewirken, dass einerseits die Eingabefrist vom Gemeinderat nicht verpasst würde. Ich gehe davon aus, dass er dies ohnehin nicht getan hätte. Ein wichtigerer Grund schien mir, dass eine Diskussion in Gang gebracht werden sollte, eine Diskussion in den Behörden und in den Medien. Schon heute ist eine merkliche Zunahme der Flugbewegungen zu registrieren. Vor allem in der

Nacht zwischen 22.00 und 23.00 Uhr ist mehr Lärm spürbar. Das hängt damit zusammen, dass die Starts vermehrt in Richtung Westen erfolgen. Würenlos ist spürbar entlastet worden. Die Feststellungen sind auch durch die Flughafen AG bestätigt worden. Zu den Prognosen der Flugbewegungen kann unsere Kollegin Patricia Schibli Auskunft geben. Sie hat sich intensiv damit auseinandergesetzt. Die Fluglärmkarten liegen vor. Die Prognosen, vor allem nach dem Ausbau des Flughafens, sind alarmierend. Ueber die geplante neue Piste werden Starts nördlich der Lägern erfolgen, die zu Lärm von 50-60 dB in der Nacht führen werden. Das entspricht dem Lärm einer stark befahrenen städtischen Strasse.

Die Konsequenzen daraus wären die Anpassung des Baugebietes. Grundstücke würden entwertet. Die Gesundheit würde darunter leiden, dies ist wissenschaftlich belegt. Ich knüpfe an das Votum von Heinz Germann an. Er hat vom Standortmarketing gesprochen. Es wäre für diese Gemeinde schlecht, wenn sie das Image der Flughafengemeinde erhalten würde. Auch nach bestätigten Aussagen des Lärmbeauftragten der Flughafen AG ist es so, dass Gemeinden, die sich gegen den Lärm wehren, eher verschont werden. Wer sich nicht wehrt, wird überflogen.

Gemeindeammann Karl Frey: Als Vorbemerkung kann ich erwähnen, dass der Termin für die Eingabe eingehalten worden ist. Ein Flugplatz ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor und aber auch ein Störfaktor. Es muss das gesunde Mittelmass gefunden werden. Nun zu den Fragen der Interpellantin:

1. Liegen dem Gemeinderat Zahlen vor über die Zunahme der Überflüge in den letzten Jahren?

Über Überflüge der Region Baden-Wettingen während den letzten Jahren können keine genauen Angaben gemacht werden, da diese für das Gemeindegebiet nicht speziell aufgezeichnet wurden.

Aufgrund von Erfahrungswerten kann davon ausgegangen werden, dass Wettingen tagsüber von ca. 4.5 % und nachts von ca. 30 % der startenden Flugzeuge direkt beeinträchtigt wird. Bei den landenden Flugzeugen dürften es ca. 50 % sein, welche aber, infolge der zum Teil grösseren Flughöhe, wesentlich kleinere Lärmemissionen auf das Gemeindegebiet Wettingen erzeugen.

Verkehrsentwicklung Flughafen Zürich-Kloten

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	2010 Z _t ⁺
198'960	200'760	214'580	219'180	225'300	230'700	245'720	268'300	273'030	421'000

2. Hat der Gemeinderat bereits Einsicht genommen in die aufgelegten Akten und falls nicht, hat er dies noch vor?

Der Gemeinderat hat die aufgelegten Akten zum Ausbau des Flughafens Zürich-Kloten während der Auflagefrist studiert.

3. Ist der Gemeinderat, falls nötig, bereit gegen die Konzessionserteilung Einsprache zu machen?

Bei der Anhörung, welche im Amtsblatt vom 1. März 1999 publiziert wurde, handelt es sich nicht um ein Verfahren mit Einsprachemöglichkeit, sondern ein eidgenössisches Konzessionsverfahren.

Nach dem Studium der Unterlagen kam der Gemeinderat zum Schluss, dass neben den positiven wirtschaftlichen Aspekten die Umwelt durch den geplanten Ausbau des Flughafens erheblich belastet wird.

Dies hat der Gemeinderat mit seiner Eingabe vom 23. April 1999 dem Baudepartement des Kantons Aargau mitgeteilt.

4. Wie hat sich die Einführung der neuen Luftverkehrsstrassen, Ende Februar 1999, auf Wettingen ausgewirkt?

Da seitens der Flughafendirektion keine genaue Angaben gemacht werden können, muss auf Beobachtungen, welche in letzter Zeit gemacht wurden, zurückgegriffen werden.

Es wurde festgestellt, dass neu vermehrt Flugbewegungen in geringer Höhe, in Ost-Westrichtung, über dem Limmattal zu verzeichnen sind. Gemäss Angabe der Flughafendirektion fanden jedoch solche Flüge auch in den Vorjahren statt.

5. Welche Strategie sieht der Gemeinderat vor, um Wettingen vor zusätzlichem Fluglärm zu bewahren?

Dem Gemeinderat ist es bewusst, dass, falls Wettingen alleine vor zusätzlichem Fluglärm geschützt würde, Nachbargemeinden und Regionen diese Immissionen zu tragen hätten. Deshalb muss der Ansatz zur Lösung der Immissionsprobleme koordiniert mit dem Baudepartement des Kantons Aargau erfolgen. Er unterstützt die Stellungnahme des Regierungsrates, welche mit Schreiben vom 28. Mai 1999 zu Händen des Vorstehers des Eidg. Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, Herrn Bundesrat Moritz Leuenberger, abgegeben wurde.

Im übrigen sind Gemeinderat und Baudepartement der Auffassung, dass Lösungen über das Gespräch zu suchen sind. Ein Instrument dazu bildet die PAZ (Plattform Aargau/Zürich), ein Gremium der Baudirektionen beider Kantone und der betroffenen Repl entlang der gemeinsamen Grenze. Innerhalb der PAZ finden regelmässige Treffen statt. Flughafenausbau und Lärm sind immer Teil der Traktanden.

Marianne Weber: Ich danke für die Antwort. Es zeigt mir, dass der Gemeinderat das Anliegen Ernst nimmt. Da es mich interessiert, was die anderen meinen, beantrage ich Diskussion.

In der nachfolgenden Abstimmung wird der Antrag mit 18 : 16 Stimmen abgelehnt.

Marianne Weber ist der Meinung, dass falsch gezählt worden ist. Sie stellt den Antrag, nochmals abstimmen zu lassen.

Der Wiedererwägungsantrag wird bei 21 : 21 Stimmen abgelehnt, da die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht erreicht worden ist.

Vizepräsidentin Margrit Wahrstätter: Die entstandenen Unstimmigkeiten bezüglich der Abstimmungsergebnisse habe ich zu verantworten. Ich habe das Ergebnis des von mir aus gesehen rechten Flügels nicht mitgezählt. Es ergäbe sich deshalb das Resultat von 18 Nein-Stimmen zu 19 Ja-Stimmen für Diskussion.

Einwohnerratspräsident: Das Thema ist nicht vom Tisch und wird mit dem Postulat Schibli betreffend Entwicklung des Flugverkehrs über Wettingen nochmals aufgegriffen.

7 Interpellation Stephan Preisch betreffend Einbürgerungspolitik in Wettingen

Stephan Preisch: Auch die heutigen Einbürgerungsabstimmungen haben es wieder gezeigt. Jedes Mal sind Nein-Stimmen zu verzeichnen, ohne dass konkrete Angaben zu den Gründen gemacht werden. Von keiner Seite her, weder aus den Akten des Gemeinderat oder aus den Diskussionen in der Einbürgerungskommission, ist ersichtlich, woher die zwei Nein-Stimmen kommen sollen. Alle Personen sind schon lange Zeit in Wettingen wohnhaft und zahlen hier Steuern.

Gemeindeammann Karl Frey: Nach Rücksprache mit der Einbürgerungskommission nimmt der Gemeinderat zu den Fragen wie folgt Stellung:

Vorerst ist auf die Relationen hinzuweisen: Bei einer recht erheblichen Anzahl von Einbürgerungen hat der Einwohnerrat in der vergangenen und in der laufenden Amtsperiode lediglich vier von der Einbürgerungskommission und dem Gemeinderat beantragten Einbürgerungen abgelehnt. Auch wenn solche Ablehnungen für die einzelnen Betroffenen schwerwiegend und schmerzlich sind, kann sicher nicht von einem Missstand gesprochen werden.

1. Die Diskrepanz bei der Beurteilung liegt darin, dass die Mitglieder des Einwohnerrates einzelne Kriterien und den daraus resultierenden Gesamteindruck unterschiedlich werten. Die Mitglieder des Einwohnerrates sind nicht gehalten, die Beurteilung durch die Einbürgerungskommission und durch den Gemeinderat zu übernehmen, sondern haben in politischer Freiheit und ihrem Gewissen verpflichtet, zu entscheiden. Es ist keine Desavouierung von Gemeinderat und gemeinderätlicher Kommission, wenn der Einwohnerrat einen anderen Entscheid trifft. Es kann hier auch auf die Gewaltentrennung hingewiesen werden. Es muss hier auch festgestellt werden, dass beim Einbürgerungsverfahren die Emotionen stark mitspielen.
2. Die Kommunikation der Mitglieder der Einbürgerungskommission und des Gemeinderates zu den Fraktionen ist jedoch nur ein Teil der Weitergabe von Informationen. Die andere Möglichkeit ist, dass sich die Mitglieder des Einwohnerrates an der Aktenauflage näher über die Einbürgerungsgesuche orientieren, da die Gesuchsakten zusätzliche Informationen enthalten, welche nicht alle in den Traktandenbericht aufgenommen werden können. Im Übrigen ist festzuhalten, dass eine Einbürgerung ein politisches Verfahren mit den damit verbundenen Risiken ist und nicht ein Verwaltungsverfahren, in welchem Anspruch auf Rechtssicherheit besteht.
3. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Auffassung, dass eine politisch breit gefächerte Einbürgerungskommission das beste Mittel ist, Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerber zu beurteilen und die daraus resultierenden Erkenntnisse in die Fraktionen hineinzutragen.

Stephan Preisch: Wenn man in Wettingen zur Opposition gehört, kann man mit der Antwort nicht zufrieden sein. Emotionen können verschieden ausgelegt werden. Einbürgerungen dürfen mit Emotionen nichts zu tun haben, vor allem dann nicht, wenn diese im Vorfeld nicht geäußert worden sind und dennoch zu einer Ablehnung des Einbürgerungsgesuches führen. Ich beantrage Diskussion.

In der nachfolgenden Abstimmung wird der Antrag mit 17 : 16 Stimmen abgelehnt.

Wettingen, 16. August 1999

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Der Präsident:

Alois Voser

Der Protokollführer:

Urs Blickenstorfer